Aufschrift kann durch Beschluß des Bundesraths angeordnet oder zugelassen werden.

— Im „Hamb. Corr." lesen wir: „Das in diesen Tagen verbreitete Gerücht, Kaiser Wilhelm fühle das Bedürfniß einer directen Verständigung mit dem Kaiser Nicolaus und werde sich zu solchem Zwecke im März nach Petersburg begeben, ist durchaus grundlos. Der Zweck derartiger Ausstreuungen ist nicht schwer zu errathen."

— Beim französischen Botschafter findet heute zu Ehren des Fürsten Hohenlohe eine größere Tafel statt.

— Ahlwardt spricht in einem an seine Parteigenossen in New York gerichteten Briefe von seiner Rückkehr nach Amerika. Es heißt da nach der „Post" u. A.: „Da die Verhältnisse in Deutschland meine Gegenwart dringend erfordern, so mußte ich die Vereinigten Staaten auf längere Zeit verlassen. Mir hat es obgelegen, das Samenkorn des Antisemitismus zu pflanzen, und dieser Aufgabe habe ich ein Jahr meines Lebens geopfert, habe die augenscheinlichsten Lebensgefahren, Verwundung, Spott und Hohn, Noth und Entbehrung, lange Trennung von meiner Familie willig auf mich genommen" ꝛc.

— Dem Tanganyika-Dampfer-Comité ist es gelungen, als Capitain des Dampfers „Hedwig von Wissmann" Capitain Prager zu gewinnen, diesen alten bewährten Tropen-Seefahrer, der auch die letzte Wissmann'sche Dampfer-Expedition von Anfang bis zu Ende mitgemacht und der den „Hermann von Wissmann" im Jahre 1893 am Nyassa selbst zusammengebaut und lange Zeit ruhmvoll geführt hat. Capitain Prager arbeitet zur Zeit an der kaiserl. Seewarte zu Stettin; es steht zu hoffen, daß seine Vorgesetzten ihn in der Ausführung seines patriotischen Entschlusses nicht hindern werden. Auch der Kunstmaler Rudolf Franke, welcher die Wissmann-Expedition während ihres ganzen Verlaufes begleitet hat, wird an der neuen Dampfer-Expedition theilnehmen.

* **Braunschweig**, 21. Februar. Den „Hamb. Nach." wird von hier geschrieben: „Der Concurs, der über das Organ der braunschweigischen Welfenpartei, die „Altbraunschweigische Volksztg." verhängt ist, kam für weitere Kreise völlig unerwartet. Eingeweihteren waren freilich die finanziellen Schwierigkeiten des Eigenthümers und verantwortlichen Redacteurs Herrn Carl Herrmann seit einigen Tagen kein Geheimniß mehr. In der heutigen Nummer der „Altbr. Volksztg." veröffentlicht derselbe eine längere bewegliche Erklärung, die auf die Verhältnisse in der braunschweigischen Welfenpartei oder, wie ihr officieller Titel lautet: der „braunschweigischen Landes-Rechtspartei", ein sehr bezeichnendes Licht wirft. Er erklärt darin, daß „man" „durch Unterschlagungen u. s. w. sein Streben unmöglich machte"; daß „nur eine dringliche Verpflichtung von etwa 700 ℳ den Krach herbeiführte"; und sagt dann weiter sehr bezeichnend: „Tausende habe ich nachweislich zur Förderung der vaterländischen Sache aufgewendet, über hundert Reisen persönlich geopfert, daß man wegen siebenhundert Mark Partei und Presse dennoch preisgeben konnte, habe ich nicht gewußt." Es ist danach jedenfalls klar, daß man es hier mit mehr als mit dem Zusammenbruch eines Zeitungsunternehmens zu thun hat; es ist gleichzeitig eine äußerliche Bankerterklärung der „schärferen Tonart" des braunschweigischen Welfenthums, deren Vertretung eben die „Altbraunschw. Volksztg." bildete. Dieser Zusammenbruch ist für die ganze Agitationsweise jenes Welfenthums um so bezeichnender, als die „Altbr. Volksztg." noch vor wenigen Tagen, am Mittwoch, 17. Februar, einen gewaltigen Leitartikel brachte, der mit dem Aufschwung des Welfenthums in Braunschweig renommirte und sich die Parole aneignete: „Das Welfenthum ist stärker als je zuvor". Freilich war in den Artikel auch eine Klage eingeflochten über den braunschweigischen Adel, der im Gegensatze zum hannoverschen sehr zurückhaltend sei gegenüber den welfischen Bestrebungen im Sinne der „Altbr. Volksztg." Man wird hierin eine Erklärung sehen dürfen für den plötzlichen „Krach". Die rohe und täppische Kampfesart der „Altbr. Volksztg." war den braunschweigischen Welfen und dem Hofe des Herzogs von Cumberland selbst unbequem. Man sah ein, daß dadurch die Erreichung des — nächsten Zieles, die Thronfolge in Braunschweig, nur gefährdet würde, hatte doch das Blatt die — Unvorsichtigkeit begangen, nach dem Muster von Reuß ä. L. auch gegen die Jahrhundertfeier für Kaiser Wilhelm I. zu agitiren. Das war geeignet, manche fein gesponnenen Fäden zu verwirren. So war ja denn schon ein welfisches Concurrenzorgan der milderen Tonart gegründet, die „Braunovia", die die hannoverschen Welfen preisgiebt, und unter Versicherung der Treue zu Kaiser und Reich nur das eine Ziel, die Wiedererlangung des braunschweigischen Thrones, verfolgt. Jetzt hat man die „Altbr. Volksz." völlig fallen lassen. Diese Erklärung wird dazu beitragen, das Vorkommniß nicht zu überschätzen. Das Organ, das ungeschickt, aber ehrlich die wahre Meinung der Welfen producirte, ist verschwunden; man wird deshalb ihre Umtriebe hinter den Coulissen mit um so größerer Aufmerksamkeit verfolgen müssen."

* **Breslau**, 22. Februar. Das Consistorium der Provinz Schlesien veröffentlicht in seinem Amtsblatt eine Auseinandersetzung über das Verhältniß der Geistlichen zur socialen Bewegung. Die „Berl. N. N." entnehmen dieser Darlegung Folgendes:

„Von den Conventen (der schlesischen Geistlichen) sei mit Recht eine Parteinahme für einen einzelnen Stand unbedingt verworfen worden. Völlig unzulässig sei eine socialpolitische Agitation, welche nur die Forderungen und Rechte eines Standes, aber nicht dessen Pflichten betont, oder gar eine Betheiligung am Classenkampf seitens des Geistlichen, weil der Geistliche dadurch nothwendig einem Theil seiner Gemeinde entfremdet werde, während er doch Seelsorger der ganzen Gemeinde sein solle. Weder mit den Reichen und Vornehmen, noch mit den Armen und Geringen habe er es besonders zu halten; weder ein Arbeitgeberpastor noch ein Arbeiterpastor soll er sein, weder bei Hoch noch Nieder soll er um menschliche Gunst buhlen. Auch die Ansicht habe kaum Vertreter gefunden, daß der Geistliche zwar nicht Knecht seines Amtes, aber doch nach seinen staatsbürgerlichen Rechten volle Freiheit habe, an der Lösung der socialen Frage nach ihrer wirthschaftlichen Seite sich zu betheiligen. Amt und Person des Geistlichen wären im Bewußtsein des Volkes so eng verbunden, daß die Scheidung in der Praxis kaum verstanden werde. Schließlich werde immer wieder das Amt für die wirthschaftlichen Irrthümer des Amtsträgers verantwortlich gemacht werden . . . Indem ferner die Kirche zum mißstreitenden Factor in den politischen und socialen Tagesfragen werde, setze sie sich der Gefahr aus, von ihrem eigentlichen Ziele, für eine Erneuerung des christlich-sittlichen Lebens zu wirken, abgelenkt zu werden. Politische Parteiagitation führe außerdem zur Spaltung, aber nicht zur Erbauung der Gemeinde. „Leicht kommt bei jenen Bestrebungen der Geistliche in Versuchung, über seine Gemeinde hinaus in der Einwerbung auf die „Massen" seine nächste Aufgabe zu erblicken, statt in seiner Gemeinde mit dem Dienste am Worte und in treuer Seelsorge das Reich Gottes zu bauen; ins Große wirken zu wollen, statt Treue im Kleinen zu üben, schnelle Erfolge zu erstreben, statt auf Hoffnung zu säen; zumal der Beifall der Menge verführt, eitler Ehre genug zu sein." Endlich müsse gewarnt werden vor einer falschen Sympathie mit den Socialdemokraten und einer Verkennung ihrer letzten Ziele, da das „ein unbewußtes und ungewolltes Hinübergleiten in das socialdemokratische Lager zur Folge haben könne".

* **Straßburg i. E.**, 23. Februar. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung des Landesausschusses stellte Staatssecretair v. Puttkamer die Vorlage eines Gesetzentwurfs in Aussicht, durch den an Stelle der alten französischen Bestimmungen ein dem deutschen Reichs-Preßgesetze analoges Preßgesetz als Landesgesetz zur Einführung gelangen wird, welches aber der Regierung gewisse Befugnisse gegen die auswärtige Presse verleihen soll.

* **Landshut**, 22. Februar. In einer Besprechung der Haltung des Grafen Kanitz im Reichstage schreibt die ultramontane „Landshuter Zeitg.": „Wir sind Gegner der Beseitigung des allgemeinen gleichen directen und geheimen Wahlrechts, doch bedarf das allgemeine einer Correctur insoferne, als nicht jeder, der das 25. Lebensjahr erreicht hat, wählen darf. Wir sind sowohl für die Hinausschiebung der Altersgrenze als insbesondere dafür, daß nur derjenige wahlberechtigt ist, der eine directe Steuer zahlt und somit seinen Theil an den allgemeinen Lasten trägt. Das ist gewiß kein unbilliges Verlangen. Allerdings wird es den Socialdemokraten viel Stimmen kosten."

Orient.

Die türkischen Wirren.

* **Konstantinopel**, 22. Februar. Photiades Bey geht morgen als Generalgouverneur nach Kreta. Der alte siebzigjährige Mann wird nur eine Marionette sein, denn während Karatheodory Pascha für Kreta größere Autonomie verlangte, wenn er den Posten antreten solle, fügt sich Photiades der Palastclique; mit dem Günstling des Sultans Izzet Bey ist er eng befreundet. Photiades war Fürst von Samos und einmal Stellvertreter des Gouverneurs von Kreta. Er darf nicht verwechselt werden mit dem einstigen Gouverneur der Insel, Photiades Pascha, der bereits gestorben ist. In hiesigen diplomatischen und europäischen Kreisen wird diese Wahl höchst ungünstig beurtheilt. — Alle hiesigen Zeitungen besprechen auf einmal ausführlich die Kretafrage. In welcher Weise und welchem Sinne dies geschieht, zeigt am besten eine Auslassung des heutigen „Ifdam", des Palastorgans, in dem es heißt: „Der Vorschlag einer Blockade des Piräus wurde einstimmig von den Mächten angenommen; auch sind die Mächte übereingekommen, die Integrität der Türkei aufrecht zu erhalten." — Die Kriegsrüstungen dauern fort. Besonders wird jetzt das Sanitätscorps vervollständigt. (Voss. Ztg.)

* **Kanea**, 22. Februar. Die Aufständischen rücken neuerdings auf Kanea. (Frkf. Ztg.)

* **Paris**, 23. Februar. (Telegramm.) Der „Eclair" meldet aus Milo: Zwei Kreuzer und fünf Torpedoboote unter dem Befehl des Prinzen Georg sind nach Kreta abgesegelt.

* **Athen**, 23. Februar. (Meldung der „Agence Havas".) Wie es heißt, hat der Minister des Aeußern Skouzes den Gesandten der Mächte erklärt, eine Wiederholung des Vorfalles von Kanea würde Griechenland zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen (offenbar zur Türkei. D. R.) veranlassen. Der türkische Gesandte Assim Bey hätte seinerseits der griechischen Regierung mit derselben Maßregel gedroht, indem er die Zurückberufung der griechischen Truppen verlangt habe. (Wdhlt.)

* **London**, 23. Februar. (Telegramm.) Die „Central News" erfährt, das Ergebniß der gestrigen Unterhausdebatte sei, daß die britischen Kriegsschiffe vor Kanea sich nicht mehr an der Beschießung der kretischen Aufständischen betheiligen werden. Die Morgenblätter drücken Befriedigung über die gestrigen Erklärungen Balfour's, Marschall's und Hanotaux' aus und glauben, Griechenland werde dadurch zur Nachgiebigkeit bewogen werden.

* **Rom**, 22. Februar. Griechisch-officiöse Kreise verbreiten hartnäckig, daß italienische Schiffe sich nicht am Bombardement des Lagers der Aufständischen betheiligten, und versichern sogar, Italien werde im Falle einer Wiederholung der Beschießung sich wieder nicht betheiligen. Demgegenüber wird mir von einer der Regierung nahestehenden Seite versichert, daß man aus der zufälligen Nichtbetheiligung der italienischen Schiffe keinen allgemeinen Schluß ziehen dürfe. Italien werde einheitlich mit allen Mächten vorgehen. Man wolle auch hier nicht der Vergrößerungssucht Griechenlands Vorschub leisten.

* Die Berliner „Nationalztg." sagt: „Bisher hat das Verhalten Griechenlands an seiner herausfordernden Dreistigkeit noch keine Einbuße erlitten, im Gegentheil, König Georg hat sich angeblich einer geradezu beleidigenden Sprache gegen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und England unterstanden. — Allerdings dürfte, so bemerkt hierzu die „Frankf. Ztg.", der Hinweis des Königs auf die Annexion von Schleswig-Holstein und die Erwerbung von Herzegowina und Bosnien, wenn sie sich bestätigt, ihm arg verdacht werden. — Die Stellung des griechischen Gesandten Rhangabe in Berlin gilt schon seit einigen Tagen für nicht haltbar. Er scheint weniger diplomatisch als im Stil der augenblicklichen griechischen Stimmung sich geäußert zu haben. Uebrigens will ein Berliner Blatt von der türkischen Botschaft wissen, daß die Abtheilung, auf die die Schiffe gefeuert haben, ein Detachement des Obersten Vassos war. In verschiedenen Blättern taucht bei Besprechung der Haltung Englands der Verdacht auf, daß England selbst Absichten auf Kreta habe.

* **Wien**, 22. Februar. Die Meldung des „Gaulois" von der beabsichtigten Betrauung Italiens mit der Verwaltung Kretas ist grundlos.

* **Wien**, 23. Februar. (Telegramm.) Die „Politische Correspondenz" meldet aus Athen: Der Minister des Aeußern hat auf die Bemerkung der Vertreter der Mächte, daß die Action Griechenlands in Kreta ungünstig auf die griechischen Finanzen zurückwirken müsse, erwidert, die griechische Regierung werde sich möglicherweise genöthigen sehen, die Zahlung der nächsten Coupons zu unterlassen. — Andererseits wird aus Triest gemeldet: Die griechischen Colonien in Alexandrien, Kairo, London, Marseille, Livorno und Triest stellten der griechischen Regierung über sechs Millionen Francs zur Verfügung. Der Millionär Averof in Alexandrien spendete allein zwei Millionen.

* **Konstantinopel**, 23. Februar. (Telegramm.) Meldung des Wiener Telegr.-Corr.-Bureaus. Das Kriegsministerium zeigte der Eisenbahndirection der Linie Dedeagatsch-Saloniki an, daß in kurzer Zeit die Beförderung von 64 kleinasiatischen Redifbataillonen mit Pferden und Munition von Dedeagatsch aus erfolgen werde. — Den Botschaftern wurde von der Pforte mitgetheilt, von den kretischen Insurgenten seien zwei Compagnien türkischer Truppen bei der Ortschaft Bukobis aufgerieben worden, 1 Officier und 60 Mann seien entkommen. Die Insurgenten hätten außerdem die Türken, bei denen sich Weiber und Kinder befänden, eingeschlossen. Ein Versuch der commandirenden Officiere, den Türken freien Abzug zu verschaffen, sei bisher erfolglos geblieben. (Wiederholt.)

* **Konstantinopel**, 23. Februar. (Telegramm.) Meldung des Wiener Telegr.-Corr.-Bureaus. In den letzten 5 Tagen sind mit Sonderzügen aus dem Norden und Osten des Bereiches des III. Corps 5 Linienbataillone, 7 Batterien und zahlreiches Kriegsmaterial nach der griechischen Grenze befördert worden. Die Verstärkungen für den östlichen Theil der griechischen Grenze gehen direct nach Krania am Golfe von Salonichi.

* **Petersburg**, 22. Februar. Es wird nochmals auf das Bestimmteste versichert, daß bisher weder in Odessa noch in Sebastopol Truppen mobilisirt würden, und hinzugefügt, Letzteres würde nur ebenso überflüssige Kosten verursacht haben, wie ein verstärktes Zusammenziehen größerer Truppenmassen. Auch ohne besondere Maßregeln habe Rußland dort jederzeit 20- bis 25 000 Mann schnell zur Hand. Es sei Sorge dafür getragen, sie in Odessa und Sebastopol sofort einschiffen zu können; in dreißig bezw. zwanzig Stunden sei von da der Bosporus zu erreichen. Wird ein derartiges Vorgehen von Rußland für nöthig befunden, so soll nach der einen Ansicht General v. Schak, jetzt Commandirender des 8. Corps in Odessa, als Commandeur des Besatzungscorps in Aussicht genommen sein; Andere behaupten, General Dragomirow sei dazu ausersehen und General Schak zum Generalstabschef bestimmt. Schak war früher preußischer Officier, und zwar im ersten Garderegiment.

* **Berlin**, 23. Februar. Die „Nat.-Ztg." schreibt: In der kretischen Angelegenheit darf nunmehr, wie uns von zuverlässiger Seite gemeldet wird, als gewiß gelten, daß das frühere Regierungssystem auf Kreta nicht wieder hergestellt wird. Die europäischen Großmächte sind ferner noch wie vor darüber einig, daß Griechenland in keinem Falle die Insel erhält. Als dritter Punct, über den vollständige Einmüthigkeit herrscht, wird mit derselben Entschiedenheit betont, daß eine autonome Verwaltung auf Kreta eingeführt, ohne daß die Souveränetät des Sultans angetastet wird. Unter diesen Umständen wird den Griechen wohl nichts übrig bleiben, als sich zurückzuziehen, indem sie die Zusicherung, daß auf Kreta eine geordnete, selbstständige Verwaltung eingerichtet werden soll, als einen „Erfolg" ihres Eingreifens darstellen. Die parlamentarischen Verhandlungen, welche gestern gleichzeitig in Berlin, London und Paris stattfanden, gestatten ihnen keine weitergehende Hoffnung.

* Aus **Berlin** wird dem „Hamb. Corr." geschrieben: „Die Beschießung der griechischen Truppen, die einen Angriff auf Halepha beabsichtigten, durch die europäischen Kriegsschiffe vor Kanea ist erfolgt, nachdem Oberst Vassos trotz der Ankündigung der Admirale, ein Vorgehen ins Innere von Kreta nicht zu dulden, vorzugehen versuchte. Falls griechischerseits Oberst Vassos nicht desavouirt wird, ist damit Griechenland im Kriegszustand mit Europa. An der Beschießung hat die „Kaiserin Augusta", Capitain zur See Köllner, die gestern Mittag 12 Uhr dort eintraf, theilgenommen, und zwar feuerte sie den ersten Schuß ab, da sie das Flaggschiff der Geschwader war. Die französischen und italienischen Kriegsschiffe griffen in die Kanonade aus technischen Gründen nicht ein. Welches diese technischen Gründe sind, ist vorläufig ein Räthsel. Wie man hört, hatten die Admirale schon längst die Ermächtigung nachgesucht, gegen die Insurgenten einzuschreiten, indem sie ihre Lage als eine unerträgliche bezeichneten, vermuthlich infolge der Grausamkeiten, denen die Mohamedaner, ihre Frauen und Kinder durch die Aufständischen ausgesetzt waren. Die modernen Hellenen sind in dieser Hinsicht thierischer als die Türken. Mit besonderer Befriedigung nimmt man von dem loyalen Verhalten Englands Kenntniß und erwartet, daß dasselbe entschlossen ist, die Räumung Kretas seitens der griechischen Truppen baldigst herbeizuführen. Die Mächte wünschen, möglichst Blutvergießen zu vermeiden, können aber das völkerrechtswidrige Vorgehen Griechenlands schon mit Rücksicht auf die Balkanstaaten nicht dulden, die andernfalls dem Beispiel Griechenlands folgen würden. Angesichts des jetzigen Eingreifens der Kriegsschiffe wird übrigens die Frage erörtert, ob die vorgeschlagene Blockade des Piräus nicht doch die mildere Maßregel gewesen wäre. Dadurch wäre nur der Handelsverkehr getroffen worden, und die griechische Regierung hätte jederzeit einlenken können. — Man darf gespannt sein, ob man in Paris darüber, daß wohl Rußland, nicht aber Frankreich an der Action von Kanea theilgenommen hat, sehr erfreut sein wird." — Wie die „Post" hört, schweben zur Zeit zwischen den Großmächten Verhandlungen über fernere gemeinsame Schritte und ganz besonders wird zwischen ihnen die Frage einer gemeinsamen Blockade der griechischen Häfen weiter erwogen.

* **Wien**, 23. Februar. (Telegramm.) Die Blätter nehmen den gestern vom Staatssecretair Frhrn. v. Marschall im deutschen Reichstage ausgeführten Standpunct Deutschlands in der kretischen Frage mit großer Befriedigung auf. Die „Neue Freie Presse" sagt, es sei zweifellos, daß mit der von Marschall dargelegten Auffassung Oesterreich-Ungarn, Rußland, wie auch die übrigen Mächte mit Deutschland einig sind; der Philhellenismus sei gewiß keine unedle Erscheinung, die Verurtheilung der türkischen Mißwirthschaft sei gerecht, aber Sympathie und Antipathie müssen der höchsten Wichtigkeit der europäischen Friedensinteressen sich unterwerfen. Das „Neue Wiener Tagblatt" sagt: Die hausväterliche und weltbürgerliche, dabei durchaus dem europäischen Herzen entsprechende Auffassung der Humanität seitens Marschall's hat um so höheren Anspruch, das europäische Echo zu wecken, als Deutschland an den Vermickelungen im Orient nicht unmittelbar interessirt ist. Es erhebt uneigennützig seine Stimme im Interesse des Friedens und der Cultur. Das „Fremdenblatt" meint: Die diplomatische Lage scheint diejenige zu sein, daß die Großmächte sowohl im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung Kretas wie im Hinblick auf die Nothwendigkeit der Zurückdrängung des griechischen Vorgehens sich immer mehr nähern.

* **Paris**, 28. Februar. (Telegramm.) Die Mehrzahl der Blätter, mit Ausnahme der Organe der äußersten Linken und einzelner monarchistischer, äußern ihre Befriedigung über die überwältigende Mehrheit, welche durch ihr Vertrauensvotum die diplomatische Action Frankreichs gekräftigt und insbesondere die Autorität des französischen Botschafters in Konstantinopel, Cambon, noch vermehrt habe. Dem „Journal officiel" zufolge umfaßt die Minderheit, welche gegen die von der Regierung angenommene Tagesordnung stimmte, 34 Socialisten und 44 socialistische Radicale, sowie 2 Conservative.

* **Belgrad**, 23. Februar. (Telgramm.) Der neue Cabinetschef Simitsch hat heute die Leitung der Geschäfte des Ministerpräsidiums und des Ministeriums des Auswärtigen übernommen.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Gott, zu sagen und zu singen — und so dürfen wir, da Liebisch noch in der Vollkraft rüstigen Schaffens steht, darauf hoffen, daß er noch manche neue Weise singen und sich zu der Vollendung emporringen wird, von der er in bescheidener Selbstkritik sich noch fern weiß. Daß noch Großes in ihm nach Entfaltung und Gestaltung ringt, sagt er uns selber in seinem gedankenreichen Gedicht „Jugend", dessen erste Strophe lautet:

Noch bin ich jung, noch pulst das Blut
Kraftschäumend mir in Herz und Adern,
Aufbäumt sichs wild, wie Meeresfluth
An eines Leuchtthurms Riesenquadern.
Auf seinen glüh'nden Wellen wiegt
Die Pracht weltstürmender Gedanken,
Die sturmgefeit und unbesiegt
Das Schicksal fordert in die Schranken.

Abgesehen von einigen legendenartigen Gedichten in „Kreuz und Quer" bietet die Sammlung der Wanderlieder nur Lyrisches, und wir glauben auch, daß dieses Liebisch'ß eigentliche Domaine ist, wenigstens müßte er uns erst vom Gegentheil überzeugen. Mit Glück dürfte er das religiöse Lied pflegen, und uns will es bedünken, daß ihm nicht minder leicht die didaktische Aphorisme aus der Feder fließt. Hier nur eine Probe: „Laß das Klagen."

Laß das Klagen,
Daß du dich mußt bücken und plagen,
Kreuz und schwere Bürden tragen —
Du mußt wissen:
Eine Lüge ist das Müssen,
So wir stets nur redlich wollen
Wo wir sollen.

Das ist gesunde Moral, praktische Lebensweisheit. Sie hat der wandernde Gesell, der werdende Tagesschriftsteller sich offenbar zum Leitstern genommen, sonst hätte er es schwerlich so weit gebracht. Möchte es seinem redlichen Wollen, dem ja ein kräftiges Können zur Seite steht, gelingen, unter veränderten Verhältnissen, inmitten mühevoller, aufreibender Berufsarbeit, bald den Beweis zu liefern, daß der Redacteur hält, was der Handwerksbursche versprochen hat!

O. S.

Karl Morré †.

Ein weit über die Grenzen seines engeren Heimathslandes berühmt gewordener Dichter und Volksmann im wahrsten Sinne des Wortes, der seine Kräfte und seine ursprüngliche dichterische Gabe ausschließlich dem Wohle seines Volkes gewidmet hat, schloß in den frühesten Morgenstunden des 21. Februar in Graz seine müden Augen für immer. Karl Morré war nicht nur als Dichter wirksam, sondern auch als Parlamentarier, und in beiden Wirkungssphären war das Ziel seines unermüdlichen Schaffens einzig und allein das Wohl und Wehe des Nährstandes, das an der Scholle gebundenen Landmannes, das die herrlichen naturechten, den wirklichen Erdgeruch tragenden Gestalten des Bauernstandes erschuf und jene meist überaus drastischen Kundgebungen in den Vertretungskörpern des Reiches und des Landes — er war sowohl Reichsrathsabgeordneter als auch Landtagsabgeordneter — hervorrief.

Karl Morré wurde am 8. November 1832 in Klagenfurt geboren, wo er das Gymnasium absolvirte. Im Jahre 1857 trat er als Kanzlei-Assistent in den Staatsdienst und 1883 wurde er als Official wegen eines Augenleidens, das ihm bis in die letzten Tage anhaftete und seine schriftlichen Arbeiten oft beeinträchtigte, in den Ruhestand versetzt. Als Bühnendichter war Morré äußerst fruchtbar. Aus seiner Feder stammen die wirkungsvollen Volksstücke „Familie Schneck", „Die Frau Rätlin", „'s Nullerl", „Ein Regimentsarzt", „A Räuscherl", „Fürs Buckelkrazentragen", „Vor'm Suppenessen", und die Possen „Drei Drittel", „Der Glückselige", „Der ganze Papa" u. s. w. „'s Nullerl" machte seinen Namen fast in ganz Deutschland bekannt. Als Politiker legte er seine Ansichten in der vielbeachteten Schrift „Die Arbeiterpartei und der Bauernstand" nieder.

Morré wurde am 9. März 1891 im Stadtbezirk Leibnitz, den er bis zum Schlusse der letzten Session im Reichsrathe vertreten hat, ins Abgeordnetenhaus gewählt. Dem steiermärkischen Landtage gehörte Morré seit dem Jahre 1886 an. Im Abgeordnetenhause trat er keiner Partei bei, er war ein sogenannter „Wilder". Die Verfolgung des Wohles seiner Wähler, die er in der gewissenhaftesten Weise vertrat — er versäumte keine Sitzung — ließ es nicht zu, seine Ueberzeugung durch Clubbeschlüsse binden zu lassen. Sein erster Initiativantrag entsprang demselben humanen Geiste, von welchem sein bekanntestes Bühnenwerk getragen ist. Er verlangte die Altersversorgung der landwirthschaftlichen Dienstboten — es sollte keinen „Null-Anerl" mehr geben. In der Steiermark wird für die alten, arbeitsunfähigen landwirthschaftlichen Dienstboten in der Weise gesorgt, daß sie in den Bauernhäusern ihrer Heimathsgemeinde Obdach und Kost erhalten, heute in diesem, morgen in jenem Hause, so durchwandern die armen alten Dienstboten, die „Einleger" im Laufe des Jahres alle Bauernhöfe, in den meisten als eine Landplage angesehen und behandelt. Diese schreienden Mißstände hat Morré in seinem Volksstücke „'s Nullerl" dramatisch behandelt, auch in Broschüren, im Reichsrathe und auf dem Landtage zur Sprache gebracht. Nun wurde ihm die Genugthuung zu Theil, zu sehen, daß seine Ideen auf fruchtbaren Boden fielen. Baron Dr. F. Krieg, dem kürzlich die Gattin starb, übergab dem Dichter zehntausend Gulden für die „Einleger" in Steiermark zu Ehren und zum Andenken an seine verblichene Gattin. Morré übergab das Capital wieder dem Landesausschuß als eine „Freifrau Krieg-Paulich-Stiftung für arme Einleger". Aus den einfließenden Zinsen erhalten jährlich vier Einleger, zwei männliche und zwei weibliche, je 102 Gulden in monatlichen Raten baar zu Handen ausbezahlt. So gering dieser Betrag erscheint, so wird derjenige, der die ländlichen Verhältnisse kennt, zugeben, daß viele Bauern gerne bereit sein werden, für eine sichere monatliche Einnahme anständige Pflege und Wohnung zu geben. Sicherlich werden sich, angeregt durch dieses Beispiel, Menschenfreunde finden, die dieser Stiftung Beiträge widmen, um die Zahl der Erlösten zu mehren.

Beim letzten Wahlkampf gegen Kaltenegger wußten die Klerikalen die Bauern gegen ihren aufrichtigsten Freund und Berather derart aufzuhetzen, daß Morré von einer Rotte halbberauschter Bauern in der Nähe von Graz mit Steinen empfangen wurde und nur durch schnelle Flucht in einem Wagen sich retten konnte. Morré war nichts weniger, als ein parlamentarischer Redner. Aber Keiner konnte wirksamer reden, als dieser gewandte Improvisator und schlagfertige Polemiker. Wie in seinen Bühnenstücken, so stellte er auch im parlamentarischen Wirken seinen köstlichen Humor und seinen schlagfertigen Witz in den Dienst eines edlen, idealen Strebens. Während er oft mit seinen Einfällen das ganze Haus in stürmische Heiterkeit versetzte, klang aus dem Grundton seiner Rede immer der sittliche Ernst und das tiefe Gemüth des Mannes heraus, der mit unerschütterlicher Liebe an seinem Volke hing. Er war ein Volksvertreter im besten Sinne des Wortes. — Wenn Einer den Volksmann Morré ganz und voll verstand und den ernsten Sinn aus den oft derb humoristischen Einfällen herauszuschälen verstand, so war es Rosegger.

„Wir regen uns gegenseitig an", schrieb gelegentlich Rosegger, „und mir thut es wohl, die Gedanken auszutauschen mit Einem, der das Landvolk so gründlich versteht und so herzhaft lieb hat, wie dieser Morré. In städtischen Kreisen kommt ein richtiges Verständniß für den Bauernstand selten genug vor und fast noch seltener eine treue Freundschaft und Neigung zu ihm, so oft auch mit diesen Dingen geflunkert wird. Wenn wir beide vom Landvolke sprechen, so betont Morré gewöhnlich die praktische und ich die ideale Seite desselben, derart vervollständigen wir uns gegenseitig. Man müßte aber, wenn Morré da ist, einen Sack voll Stiften bei sich haben, um die zahllosen köstlichen Ideen, die in seinen guten Stunden fortwährend aus seinem Haupte sprudeln, festzunageln. Man könnte ihm gelegentlich mit seinen eigenen Früchten ein großes Geschenk machen, denn die Gedanken verflüchtigen sich bei ihm so rasch, als sie entstehen, und sich Etwelches aufzunotiren, wie es einem haushälterischen Geiste anstände, das kommt ihm nicht im Entferntesten bei. Von den Ideen, die Morré täglich verschwendet, könnte ein Dutzend dramatischer Volksdichter und Librettenschreiber leben. Wie Morré mit dem lieben Herrgott auf Gleich kommen wird, wenn ihn der am jüngsten Tage nach der Ausnutzung seiner ihm anvertrauten Talente fragt, das weiß ich nicht. Das Beste, was der Herr für ihn thun kann, ist, daß er ihm von Zeit zu Zeit eine Sintfluth schickt; geht dem Dichter das Wasser an den Hals, dann erinnert er sich der Schätze, die in ihm stecken und er schreibt prächtige Volksstücke. So entstanden die „Familie Schneck", „Die Statuten der Ehe", „Die Frau Räthin" u. A.

Ja, die leidige Politik, die war's, die dem Volksdichter die besten Kräfte hinwegnahm und die letzten Jahre seines Lebens verbitterte und verkürzte. Welche Perlen echten Humors und tiefen Gemüthes hätte er seinem Volke nicht noch schenken können, wenn die Politik nicht an seinem Lebensmark gezehrt hätte. Die wahren Freunde des Volkes werden dem Dahingeschiedenen ein dankbares Gedenken bewahren.

R.

SLUB
Wir führen Wissen.